

04.11.2009

Sitzungsvorlage Nr. 160/09

Produktorientierter Haushalt des Fachbereiches 53 für das Haushaltsjahr 2010

Gremien	Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz	Sitzungsdatum	16.11.2009
Organisationseinheit	Gesundheit und Verbraucherschutz	Berichterstattung	Hahn, Norbert
Beratungsstatus	öffentlich		
Budget-Nr.		Haushaltsjahr	2010
Produktgruppen-Nr.		Finanzielle Auswirkungen	
Produkt-Nr.			

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Entwurf der Verwaltung für den produktorientierten Haushalt des Fachbereiches 53 zur Kenntnis.

Begründung der Vorlage

Der Produkthaushalt ist unter Berücksichtigung der defizitären Haushaltslage aufgestellt worden. Die Empfehlungen der GPA sowie der Finanzstrukturkommission den Fachbereich 53 betreffend wurden zwischenzeitlich abschließend umgesetzt. Dies gilt insbesondere für vorgesehene Personaleinsparungen. Dabei hat der Fachbereich 53 versucht, den enger werdenden Gestaltungsspielraum mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen optimal auszufüllen. Der vorliegende Haushalt soll für die Arbeit des Fachbereiches die finanziellen Rahmenbedingungen schaffen und verwirklicht die Forderungen nach Kostensenkung durch interne Wirtschaftlichkeit.

Die Planung hat sich weitgehend an den Ansätzen des Jahres 2009 und dem tatsächlichen Stand zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung (September 2009) orientiert. Die Erhöhung des Zuschussbedarfes um rd. 455.000 € erklärt sich weitgehend über die ab 2010 im Fachbereich 53 vorgenommene Veranschlagung der Mittel für die Verbraucherzentralen (Teilergebnisplan-Nr. 015) im Fachbudget. Diese Beträge waren bislang im Budget „Arbeit und Soziales“ ausgewiesen. Durch Einrichtung der Verbraucherberatungsstelle in Schwerte erhöht sich der Ansatz (vgl. Sitzungsvorlage 115/09). Darüber hinaus erhöhen sich der Mitgliedsbeitrag für die ADU sowie die Personalaufwendungen im Fachbereich.

Mögliche Spendenbeträge der Sparkasse Unna für die Caritas Tagesstätte und die AIDS-Hilfe sind bisher ebenfalls nicht eingerechnet, da eine Zusage noch nicht vorliegt. Insoweit könnte es zu einer weiteren Reduzierung der Aufwendungen um 40.000 € kommen.